

# Cochem-Zell

Fotos, Videos, Berichte auf [www.rhein-zeitung.de/cochem-zell](http://www.rhein-zeitung.de/cochem-zell)



Im Zeller Hamm sollen ein Sportboothafen und eine Ferienhausanlage entstehen. Gegen die Genehmigung der SGD Nord für den Sportboothafen hatten Winzer und der BUND Einspruch eingelegt, das Verwaltungsgericht in Koblenz befassete sich nun damit und äußerte einige Bedenken.

Foto: Christoph Bröder

## Mann trieb sich in Kaimt herum

**Blaulicht** Wollte er einbrechen?

■ **Zell.** Am vorigen Wochenende, möglicherweise in der Nacht zum Sonntag, versuchten unbekannte Täter, durch die Hintertür in ein Wohn- und Geschäftshaus mit Juwelierladen in der Zeller Innenstadt einzudringen. Dabei schraubten sie nach Auskunft der Polizei erst die Umrandung des Türschlosses ab und manipulierten offensichtlich mit einem Werkzeug den Schließzylinder. Ob die Täter gestört wurden, ist unklar. Jedenfalls gelang es ihnen nicht, die Tür zu öffnen.

Ebenfalls in der Nacht zum Sonntag schlich ein unbekannter Mann hinter einem Wohnhaus in Zell-Kaimt umher. Er wurde von Anwohnern bemerkt. Der Mann versteckte sich erst hinter einem Baum, lief dann zur Bundesstraße oberhalb von Kaimt und flüchtete. Unklar ist, ob der Mann etwas mit dem versuchten Einbruch oder dem vollendeten in Bullay zu tun hat.

➔ Hinweise: Polizei Zell. Telefon 06542/986 70.

## Ist juristische Klippe für Marina zu schroff?

Justiz Verwaltungsgericht mit vielen Nachfragen zum Planfeststellungsbeschluss - Urteil kommt in einigen Wochen

Von unserem Mitarbeiter Dieter Junker

■ **Koblenz.** Wird die juristische Klippe nun zum großen Hindernis für das Hafeprojekt Marina im Zeller Hamm? Das Verwaltungsgericht in Koblenz beschäftigte sich gestern mit den Einsprüchen von Winzern und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen den Planfeststellungsbeschluss der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord zum Bau des Sportboothafens bei Zell und Briedel. Die Richter machten in der mündlichen Verhandlung deutlich, dass sie noch viele Nachfragen zum Vorhaben haben. Es sind vor allem vier Punkte, die dem Verwaltungsgericht arge Kopfschmerzen bereiten, wie der Vorsitzende Richter Klaus Meier betonte.

Da geht es einmal darum, ob die SGD Nord überhaupt für die Genehmigung zuständig ist oder ob dies nicht vielmehr in die planungsrechtliche Aufgabe der Kom-

„Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Beschluss rechtmäßig ist.“

Dr. Martina Schwaderlapp (SGD Nord).

munen fällt. „Die Grenze der Befugnisse endet am Gewässerrandstreifen“, betonte Meier, der hinzufügte: „Wenn ich Kommune wäre, würde ich da planen.“ Die SGD verwies in diesem Punkt allerdings auf entsprechende Änderungen im Landeswassergesetz.

Dann bemängelten die Richter die fehlende Erschließung des Plangebietes. Diese soll im Bebauungsplan geregelt werden, der auch schon durch die Gremien gegangen ist, aber noch keine Rechtskraft hat, da die beiden beteiligten Kommunen damit bis zur Genehmigung des Hafens warten wollen. Doch dieses Junktim steht nicht im Planfeststellungsbeschluss, kritisierten die Richter. „Damit ist die Er-

schließung nicht sichergestellt“, stellte der Vorsitzende Richter fest.

Ein weiterer Kritikpunkt ist das sogenannte Verschlechterungsverbot. Nach Ansicht der Genehmigungsbehörde gibt es in der Mosel durch die Planung nur marginale Veränderungen, die keinen weiteren Fachbeitrag erforderten, sondern vom eigenen Haus geprüft wurden. Doch dies könnte nach Ansicht der Richter nicht ausreichend sein.

Und schließlich kritisierte das Gericht den Eingriff bei der Überplanung von Wirtschaftswegen in flurbereinigten Flächen, der eigentlich nur durch eine Satzung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden erfolgen könne. Die SGD wies daraufhin, dass die Flurbereinigungsbehörde angehört wurde. Zudem würden die Wege nicht mehr benötigt, was die anwesenden Winzer jedoch entschieden zurückwies. Der Vorsitzende Richter Klaus Meier betonte: „Es kann hier nicht einfach über Flurberei-

„Die rechtlichen Bedenken können nur zur Aufhebung des Beschlusses führen.“

Rechtsanwalt Dr. Paul-Martin Schulz.

nigungswege hinweggeplant werden, sie müssen erst über diese Wege verfügen, da ansonsten die Grundstücke nicht mehr so erschlossen sind, wie es mal vereinbart war.“

Deutliche Kritikpunkte, die sich die Genehmigungsbehörde und Investor John van der Voort anhören mussten. Dr. Martina Schwaderlapp von der SGD Nord gab in der mündlichen Verhandlung zwei ergänzende Erklärungen ab, wonach der Planfeststellungsbeschluss zum einen erst dann wirksam werde, wenn auch der Bebauungsplan mit der Erschließung in Kraft getreten sei. Außerdem müsse die Widmung der Wirtschaftswege nach Flurbereinigungsrecht im Bereich des Ha-

fens durch Satzung der Gemeinde aufgehoben werden. Ob die Richter dies beeindruckt, wird sich zeigen.

Dr. Paul-Martin Schulz, der Anwalt der Winzer und des BUND, zeigte sich jedenfalls zufrieden. „Ich habe den Eindruck, als wären die Richter unseren Bedenken gefolgt“, meinte er nach der Verhandlung. Martina Schwaderlapp hofft dagegen, dass das Gericht die Genehmigung dennoch bestehen lässt. „Die angemahnten Bedenken lassen sich beheben, deshalb auch die ergänzenden Erklärungen, die diesen Kritikpunkten Rechnung tragen. Dass das Projekt insgesamt nicht möglich ist, hat das Gericht jedenfalls nicht gesagt.“

Das Urteil wird in den kommenden Wochen verkündet.

➔ Weitere Bilder gibt's im Internet unter [www.rhein-zeitung.de/mittelmosel](http://www.rhein-zeitung.de/mittelmosel) - und wenn Sie diesen Artikel mit der RZplus-App scannen.



### Land & Leute



**Hat für viele ein Ohr: Ulrike Rohr**

Auf 25 Jahre im öffentlichen Dienst bei der Verbandsgemeinde (VG) Zell blickt Ulrike Rohr aus Zell zurück. Dafür hat ihr Bürgermeister Karl Heinz Simon gedankt. Nach der Ausbildung in einer Zeller Anwaltskanzlei war Ulrike Rohr in Cochem tätig, bevor sie 1992 zur VG-Verwaltung wechselte. Dort war sie viele Jahre im Vorzimmer des Bürgermeisters tätig. Seit 2009 ist sie an den in der Trägerschaft der VG stehenden Grundschulen in Alf, Bullay, Pünderich und Mittelstrimmig als Schulsekretärin im Einsatz. Für Lehrer, Schüler und Eltern ist sie wichtige Ansprechpartnerin. Darüber hinaus ist sie vertretungsweise weiter in der Verwaltung tätig.

### Kompakt

#### Anselm Grün kommt

■ **Cochem.** Der Benediktinerpater und Bestsellerautor Anselm Grün spricht am Montag, 12. Juni, 20 Uhr, im Kapuzinerkloster in Cochem zum Thema „Versäume nicht Dein Leben! Ermutigung zum Leben“. Infos und Anmeldung bei der KVHS, Tel. 02671/614 66

### Unser Wetter



#### Heute ist es regnerisch

Wolkenverhangen zeigt sich der Himmel, morgens beginnt es sich einzuregen. Abends lässt der Regen nach. Die Temperaturen liegen in Brohl bei 13, in Treis bei 16 Grad.

## Alarmierender Trend: Immer mehr Berufspendler

**Belastungen** 27 Prozent mehr Cochem-Zeller als 2000 müssen werktags auf die Straße

■ **Cochem-Zell.** Immer mehr Pendler gibt es im Kreis Cochem-Zell: Zuletzt verließen 44 Prozent aller Berufstätigen auf dem Weg zur Arbeit die Grenzen des Landkreises – 27 Prozent mehr als noch im Jahr 2000. Das hat die IG Bau-Agrar-Umwelt mitgeteilt. Die IG BAU Koblenz-Bad Kreuznach beruft sich hierbei auf eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Danach zählt der Landkreis Cochem-Zell rund 9400 sogenannte Auspendler.

Die Gewerkschaft nennt diesen Trend „alarmierend“. Immer mehr Menschen müssten immer weitere Strecken zur Arbeit zurücklegen und verbrächten immer mehr Lebenszeit im Stau, kritisiert Bezirkschef Walter Schneider. Dafür sei maßgeblich auch eine verfehlte Wohnungsbaupolitik in den Ballungsgebieten verantwortlich.

„Seit Jahren hält das Angebot bezahlbarer Wohnungen nicht mit dem Bedarf Schritt. Wir haben gerade in den größeren Städten eine gute Entwicklung bei den Arbeitsplätzen, aber für die Menschen wird es immer schwieriger, sich dort auch eine Wohnung zu leisten“, sagt Schneider. Strecken von mehr als 50 Kilometern bis zum Betrieb seien mittlerweile durchaus üblich. Dies belaste nicht

nur die Umwelt, sondern gleichsam auch die Nerven und die Gesundheit der Betroffenen.

Die IG BAU fordert ein Umdenken in der Wohnungspolitik. „Die öffentliche Hand muss viel mehr als bisher investieren, um bezahlbaren Wohnraum in den Metropolen und Ballungsräumen zu schaffen“, betont Schneider. Es würden mehr Sozialwohnungen und mehr bezahlbare Mietwohnungen gebraucht. Dafür müsse es eine deutlich bessere Förderung geben – etwa durch höhere steuerliche Abschreibungen und gezielte KfW-Programme. Durch solche Anreize für das Bauen im bezahlbaren Segment ließe sich ein Großteil der fehlenden Wohnungen errichten.

Um die Berufspendler im Kreis Cochem-Zell zu entlasten, müsse



**Immer mehr Menschen müssen täglich pendeln.**

Foto: IG Bau

mittelfristig jedoch auch die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden, fordert Bezirkschef Walter Schneider. „Wir brauchen bessere Schienennetze und mehr Radwege. Aber auch bei Straßen und Brücken ist der Nachholbedarf groß.“

Die Entwicklung im Landkreis ist nach Angaben des BBSR Teil eines bundesweiten Trends: Im Jahr 2015 pendelten 60 Prozent aller Beschäftigten zum Arbeitsplatz. Durchschnittlich legten sie dabei 16,8 Kilometer zurück. 15 Jahre zuvor lag die Pendlerquote in Deutschland dagegen noch bei 53 Prozent.

➔ Weitere Informationen gibt es auch im Internet unter der Adresse [www.igbau.de/koblenz-badkreuznach](http://www.igbau.de/koblenz-badkreuznach)

### Kontakt:

Rhein-Zeitung  
Ravenéstr. 18-20, 56812 Cochem

Redaktion: 02671/9160-30  
[cochem@rhein-zeitung.net](mailto:cochem@rhein-zeitung.net)

Verantwortlich für diese Seiten  
[thomas.brost@rhein-zeitung.net](mailto:thomas.brost@rhein-zeitung.net)

Abo/Anzeigen: 02671/9160-0  
[service-cochem@rhein-zeitung.net](mailto:service-cochem@rhein-zeitung.net)



Noch mehr im Netz! Abonnenten registrieren sich unter: [ku-rz.de/registrierung](http://ku-rz.de/registrierung)